

## Übersicht zu Arbeitsblatt 1: Unerlaubte Handlungen (§§ 823 ff. BGB)

Man spricht auch von **Deliktsrecht**. Die Begriffe werden synonym verwendet.

*Wichtig: Diese Übersicht stellt nur eine komprimierte Auswahl dessen dar, was wir im Tutorium besprochen haben. Sie ist gegenüber dem Skript von Herrn Wirth (§§ 6, 7) gekürzt und erhebt keinen Anspruch darauf, eine vollständige Klausurvorbereitung zu ermöglichen. Im Zweifel sind der Besuch der Vorlesung Bürgerliches Recht bei Dr. Wirth, das entsprechende Skript sowie die Lösungen zu den im Tutorium behandelten Fällen ergänzend heranzuziehen!*

Gegenstand: Schutzpflichten gegenüber jedermann, bei deren Verletzung Ansprüche auf Schadensersatz begründet werden können.

*(Im Unterschied zu den Schadensersatzansprüchen aus §§ 280 ff. BGB, die ein Schuldverhältnis voraussetzen, etwa einen Vertrag => Siehe dazu noch Arbeitsblatt 4. Wenn Ansprüche nach den §§ 280 ff. BGB in Betracht kommen, sind diese zunächst vor den §§ 823 ff. BGB zu prüfen.)*

Klausurrelevante Vorschriften:

- § 823 I BGB: Verletzung eines absoluten Rechts
- § 823 II BGB: Verletzung eines Schutzgesetzes
- § 826 BGB: Vorsätzlicher Verstoß gegen die guten Sitten

### A. § 823 I BGB (Verletzung eines absoluten Rechts)

#### I. Haftungsbegründender Tatbestand

= enthält die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit jemand zum Schadensersatz verpflichtet ist

##### 1. Tatbestandsmäßigkeit = Verletzung eines absoluten Rechts

= Recht mit Abwehrwirkung gegenüber jedermann

*(im Unterschied zu relativen Rechten wie insbesondere Ansprüchen bzw. Forderungen, die nur zwischen bestimmten Personen Rechtswirkungen entfalten)*

- **Eigentum** (§ 903 BGB) = Dingliches Vollrecht an einer Sache, das es dem Eigentümer ermöglicht, mit der Sache nach Belieben zu verfahren und andere von jeder Einwirkung auszuschließen
- **Körperverletzung** = Beeinträchtigung der äußerlichen körperlichen Integrität
- **Gesundheitsbeeinträchtigung** = Beeinträchtigung der inneren körperlichen Integrität bzw. der Körperfunktionen
- **Freiheit** = körperliche Fortbewegungsfreiheit

**Das Vermögen als solches stellt hingegen kein absolutes Recht dar und wird deshalb nicht über § 823 I BGB geschützt!**

Denn bei dem Vermögen handelt es sich nicht um ein Recht, sondern um die Summe aller Rechte mit Vermögenswert (Eigentum an beweglichen/unbeweglichen Sachen, Forderungen, Patente, Marken, Aktien etc.). Das Vermögen ist nichts Konkretes, sondern sozusagen nur eine „Zahl“, die einen Wert ausdrückt.

(ggf. allerdings Schutz des Vermögens über

- § 823 II BGB, sofern ein das Vermögen schützendes Schutzgesetz verletzt wurde, z.B. § 263 StGB
- oder § 826 BGB).

2. Rechtswidrigkeit

= nicht im Einklang mit der Rechtsordnung stehend

- a) Wird durch die Tatbestandsmäßigkeit, d.h. die Verletzung eines absoluten Rechts, **grundsätzlich „indiziert“**
- b) Entfällt, wenn Rechtfertigungsgründe eingreifen.

Auf solche ist nur einzugehen, wenn entsprechende Anhaltspunkte im Sachverhalt bestehen!

Rechtfertigungsgründe sind unter anderem:

- aa) Notwehr / Nothilfe (§ 227 BGB)

(1) Notwehrlage

- (a) gegenwärtiger (= noch andauernder bzw. unmittelbar bevorstehender) rechtswidriger Angriff durch eine Person

(nicht durch eine Sache oder ein Tier! In diesen Fällen greift der Notstand nach § 228 oder § 904 BGB)

- (b) gegen eigene Rechtsgüter (Notwehr) oder die einer anderen Person (Nothilfe)

Neben Körper, Gesundheit, Leben und Freiheit kommen auch Angriffe auf das Eigentum in Betracht.

- (c) Verteidigungshandlung, die zur Abwehr erforderlich ist

Sehr umfangreiche Befugnisse, denn es gilt: **„Das Recht braucht dem Unrecht nicht zu weichen.“** Der angerichtete Schaden kann deshalb auch durchaus größer sein als der drohende. Unzulässig sind nur Verteidigungshandlungen, die völlig außer Verhältnis zu dem Schaden stehen, der dem angegriffenen Rechtsgut droht.

(2) Notwehrwille (subjektives Notwehrelement)

= Täter handelt in der Absicht („um“), den Angriff abzuwehren

bb) Defensiver Verteidigungsnotstand (§ 228 BGB)

(1) Notstandslage

- (a) Gefahr für ein eigenes oder fremdes Rechtsgut, die von einer fremden Sache ausgeht

dem gleichgestellt: fremde Tiere (§ 90a BGB)

- (c) Erforderlichkeit der Einwirkung auf diese Sache in Form von Beschädigung oder Zerstörung zur Abwendung der Gefahr

*(Bei § 904 S.1 BGB geht die Gefahr hingegen nicht von der Sache aus, auf die eingewirkt wird!)*

- (d) Der dadurch entstehende Schaden darf nicht außer Verhältnis zu der drohenden Rechtsgutsbeeinträchtigung stehen

Wegen der Verantwortlichkeit des Eigentümers für die Gefahrenquelle darf der angerichtete Schaden auch durchaus größer sein, solange er nicht unverhältnismäßig größer ist!

*(Bei § 904 S.1 BGB ist die Wertung anders, weil die Gefahr in diesem Fall nicht von der Sache selbst ausgeht)*

(2) Notstandswille (subjektives Notstandselement)

cc) Aggressiver Einwirkungsnotstand (§ 904 S.1 BGB)

(1) Notstandslage

- (a) gegenwärtige Gefahr für ein eigenes oder fremdes Rechtsgut, die von einer Person oder Sache ausgeht

- (b) Einwirkung auf die Sache eines Dritten, von der die Gefahr nicht ausgeht, zur Abwendung der Gefahr notwendig

- (d) Drohender Schaden ist gegenüber dem durch die Einwirkung entstehenden Schaden unverhältnismäßig groß

(2) Notstandswille (subjektives Notstandselement)

Zu weiteren Rechtfertigungsgründen siehe das Skript von Herrn Wirth.

3. Verschulden

= Verantwortlichkeit für die Verletzung der absoluten Rechte

- a) Verschuldensformen: Vorsatz oder Fahrlässigkeit

Vorsatz = mit Wissen um und Wollen des Erfolges, d.h. der Verletzung eines absoluten Rechts

Vorsatzgrade:

- direkter Vorsatz = Der Schädiger weiß, dass durch sein Handeln eine Rechtsgutsverletzung eintreten kann, und hat den Willen, dass diese auch eintreten soll
- bedingter Vorsatz / dolus eventualis = Der Schädiger erkennt die ernsthafte Möglichkeit, dass es infolge seines Verhaltens zu einer Verletzung eines absoluten Rechts kommen könnte, und nimmt dies billigend in Kauf („Und wenn schon!“)

*(Für das Bestehen des Anspruchs aus § 823 I BGB macht es keinen Unterschied, welcher Vorsatzgrad erfüllt ist.)*

Fahrlässigkeit = Außerachtlassen der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt (Legaldefinition in § 276 II BGB)

Diese wird **objektiv bestimmt** (d.h. der Richter bestimmt den Sorgfaltsmaßstab im Einzelfall), wobei es auf typische Fähigkeiten und Kenntnisse von Angehörigen einer bestimmten Gruppe von Verkehrsteilnehmern ankommt.

Individuelle Fähigkeiten und Kenntnisse des Schädigers spielen keine Rolle. Es gilt: Unfähigkeit/Unwissen schützt nicht vor einer Schadensersatzpflicht! Wer Handlungen vornimmt, die er nicht beherrscht, bzw. ohne die erforderlichen Kenntnisse in einem bestimmten Bereich tätig ist, tut das auf eigenes Risiko.

Gegebenenfalls enthalten Gesetze speziell geregelte Sorgfaltsanforderungen (z.B. § 26 StVO mit Blick auf das Verhalten der Verkehrsteilnehmer an Fußgängerüberwegen). In der Regel muss man den Sorgfaltsmaßstab allerdings im Einzelfall bestimmen.

Man unterscheidet in einfache und grobe Fahrlässigkeit. Letztere liegt vor, wenn die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in ungewöhnlich hohem Maß verletzt und dasjenige nicht beachtet wird, was sich in einer bestimmten Situation aufgedrängt hätte. Einfache Fahrlässigkeit reicht bei § 823 I BGB allerdings im Regelfall aus.

#### b) Verschuldensfähigkeit (bzw. Deliktsfähigkeit)

= Fähigkeit, für eigenes Verhalten zum Schadensersatz herangezogen werden zu können

*(Nicht zu verwechseln mit der Geschäftsfähigkeit gemäß §§ 104 ff. BGB, bei der es allein um die Fähigkeit geht, Rechtsgeschäfte zu tätigen!)*

Grundsätzlich gegeben, Ausnahmen nach §§ 827, 828 BGB

Die Ausnahmen sind nur zu prüfen, wenn der Sachverhalt Anhaltspunkte hierfür bietet! Ansonsten kann die Verschuldensfähigkeit knapp in einem Satz festgestellt werden.

a) § 827 BGB: Bewusstlosigkeit, krankhafte Störung der Geistestätigkeit

b) § 828 BGB: Minderjährige

Abs. 1: Keine Verantwortlichkeit, solange das siebte Lebensjahr nicht vollendet

Abs. 2: Keine Verantwortlichkeit im Alter von sieben bis neun Jahren (d.h. der noch nicht Zehnjährigen) für Unfälle im Straßenverkehr. Erforderlich: verkehrstypische Überforderungssituation, d.h. Unfall im fließenden Straßenverkehr. Deshalb z.B. nicht anwendbar, wenn parkendes Fahrzeug beschädigt wird.

Ebenfalls nicht anwendbar bei Vorsatz, da dann nicht die verkehrstypische Überforderungssituation das Problem ist, sondern die „böse“ Einstellung des Minderjährigen.

Abs. 3: Keine Verantwortlichkeit in anderen Fällen, wenn der Schädiger das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und er bei der Begehung der schädigenden Handlung nicht die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht hat.

Dass diese Einsicht besteht, wird grundsätzlich vermutet, weshalb das Gegenteil explizit festgestellt werden muss.

## II. Haftungsausfüllender Tatbestand (§§ 249 ff. BGB)

= Regelt **Art und Umfang** des Schadensersatzes (d.h. **wie** im Einzelnen Schadensersatz zu leisten ist)

*(nachdem im Rahmen des haftungsbegründenden Tatbestandes festgestellt wurde, **dass** Schadensersatz zu leisten ist!)*

### 1. Bestimmung der ersatzfähigen Schäden:

Schaden = jede unfreiwillige Einbuße an materiellen (Vermögensschaden) oder immateriellen Gütern (Nichtvermögensschaden)

Es gilt die **Differenzhypothese** (vgl. den Wortlaut des § 249 I BGB):

= Die ersatzfähigen Schäden ergeben sich aus einem Vergleich der tatsächlichen Situation nach Eintritt des Schadens und derjenigen, die hypothetisch ohne die Schädigung bestehen würde

Die Schäden müssen gerade aus der Rechtsgutsverletzung hervorgegangen sein (sog. haftungsausfüllende Kausalität)

## 2. Art und Umfang des Schadensersatzes

### a) Grundsatz: Naturalrestitution (§ 249 I BGB)

Wortlaut des § 249 I BGB: **“Wer zum Schadensersatz verpflichtet ist, hat den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre.”**

Das heißt theoretisch: Der Schädiger hat den Schaden durch eigenes Handeln zu beseitigen. Bei Sachschäden Reparatur durch den Schädiger, bei Körperschäden Behandlung durch den Schädiger.

Allerdings muss der Schädiger hierzu auch die entsprechenden Fähigkeiten haben, was oft nicht der Fall sein wird. Zudem muss der Geschädigte bei Verletzung einer Person und Beschädigung einer Sache dem Schädiger seine Güter nicht noch einmal anvertrauen und kann gleich die Kosten der Herstellung nach § 249 II BGB verlangen.

### b) Kosten der Herstellung (§ 249 II BGB)

Umfasst bei Verletzungen der Person die Behandlungskosten.

Umfasst bei der Beschädigung von Sachen die Kosten der Reparatur oder, wenn eine Reparatur nicht möglich ist, die **Wiederanschaffungskosten**. Die Kosten für eine Neuanschaffung werden nicht ersetzt, da es nach der Differenzhypothese auf den Wert der Sache zum Zeitpunkt der Schädigung ankommt, nicht jedoch auf den Neuwert.

### c) Entgangener Gewinn (§ 252 BGB)

Gesetzeswortlaut beachten! Entgangener Gewinn ist nur ersatzfähig, wenn dargelegt werden kann, dass ein solcher Gewinn nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge oder nach besonderen Umständen **mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden konnte**.

### d) „Schmerzensgeld“ (§ 253 BGB)

Billige Entschädigung in Geld wegen **immaterieller Nachteile**, d.h. solcher, die sich nicht in einem Vermögenswert messen lassen: Schmerzen, Unannehmlichkeiten infolge einer Heilbehandlung, zeitweise oder dauerhafte Einschränkung der Körperfunktionen, Entstellung etc.

Schmerzensgeld kann nur in den gesetzlich geregelten Fällen des § 253 II BGB gefordert werden (Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit, der sexuellen Selbstbestimmung). Die Höhe legt der Richter im Einzelfall abhängig von Art und Intensität der Beeinträchtigung fest. Dabei orientiert man sich an Schmerzensgeldtabellen, wonach verglichen werden kann, welche Schmerzensgeldbeträge bereits in ähnlichen Fällen durch Gerichte gewährt wurden.

## **B. § 823 II BGB i.V.m. einem Schutzgesetz**

### **I. Haftungsbegründender Tatbestand**

#### **1. Verletzung eines Schutzgesetzes**

Schutzgesetz = jede Rechtsnorm, die zumindest auch dem Schutz von Individualrechtsgütern dient

(d.h. nicht nur dem Schutz von Allgemeininteressen, wie es letztlich jede Rechtsnorm tut)

Hierunter fallen die meisten Strafgesetze, die dem Schutz von Individualrechtsgütern dienen, etwa

§ 223 StGB: vorsätzliche Körperverletzung

§ 229 StGB: fahrlässige Körperverletzung

§ 303 StGB: vorsätzliche Sachbeschädigung ...

Beachte hierzu auch die Aufzählung im Skript von Herrn Wirth (§ 6, Seite 1) sowie die für die Klausur zugelassenen Auszüge aus dem Strafgesetzbuch auf der Homepage von Herrn Wirth (<http://wirth.uni-mannheim.de>) unter „Downloads“. Ladet euch diese unbedingt herunter und bringt sie in die Klausur mit!

Daneben können Vorschriften aus zahlreichen anderen Gesetzen als Schutzgesetze herangezogen werden. Von euch wird allerdings allein die Kenntnis der Strafgesetze verlangt, die ihr auszugsweise in die Klausur mitnehmen dürft.

Ein entscheidender Unterschied zwischen § 823 I und § 823 II BGB ist, dass manche Schutzgesetze auch vor reinen Vermögensschäden schützen (so z.B. bei Betrug, § 263 StGB) und der Schutz insoweit weiter gehen kann als bei § 823 I BGB.

#### **2. Rechtswidrigkeit**

Bei der Verletzung eines Schutzgesetzes grundsätzlich gegeben, sofern keine Rechtfertigungsgründe eingreifen (Prüfung gleich wie bei § 823 I BGB)

#### **3. Verschulden**

Wie bei § 823 I BGB. Beachte allerdings den Verschuldensgrad, den das jeweilige Schutzgesetz vorgibt (z.B. bei § 303 StGB nur Vorsatz).

### **II. Haftungsausfüllender Tatbestand (§§ 249 ff. BGB)**

wie bei § 823 I BGB

beachte: Es sind nur diejenigen Schäden ersatzfähig, vor denen das Schutzgesetz auch den Einzelnen schützen soll! (z.B. bei § 303 StGB nur das Eigentum, nicht allerdings der Körper)

## C. § 826 BGB (Vorsätzlicher Verstoß gegen die guten Sitten)

### I. Haftungsbegründender Tatbestand

#### 1. Vorsätzlicher Verstoß gegen die guten Sitten

gute Sitten = Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden der in einem bestimmten Kreis verkehrenden Personen

Diese herrschende Sozialmoral unterliegt dem Wandel und richtet sich nach Zeit, Raum und Gruppe der jeweils betroffenen Teilnehmer des Rechtsverkehrs. Stets als sittenwidrig anzusehen sind vorsätzliche Verstöße gegen Strafvorschriften, die arglistige Täuschung oder die widerrechtliche Drohung.

Der Täter muss Vorsatz in Bezug auf den Sittenverstoß haben, d.h. die Umstände kennen, die die Sittenwidrigkeit seines Verhaltens begründen.

#### 2. Vorsätzliche Schadenszufügung

Es muss ein Schaden entstanden sein (= unfreiwillige Einbuße an materiellen oder immateriellen Gütern)

und der Täter muss in Bezug auf diesen Schaden vorsätzlich gehandelt haben (d.h. im Endeffekt ist doppelter Vorsatz erforderlich).

*Hintergrund/Zweck der Vorschrift: Es handelt sich um einen so genannten „Auffangtatbestand“, d.h. die Vorschrift kommt vor allem in Betracht, wenn § 823 I BGB und § 823 II BGB bereits nicht greifen.*

*Verstößt jemand vorsätzlich gegen die guten Sitten und hat zudem Schädigungsvorsatz, so wird das in den allermeisten Fällen bereits die Verletzung eines absoluten Rechts nach § 823 I BGB darstellen oder es wird sich irgendein Schutzgesetz nach § 823 II BGB finden lassen, dass dieses Verhalten untersagt.*

*Es kann allerdings trotzdem vorkommen, dass ein betrügerisches, irreführendes bzw. bewusst schädigendes Verhalten vorliegt, das sich nicht unter § 823 I, II BGB fassen lässt. Dann kommt § 826 BGB zum Zuge.*

*Interessant an § 826 BGB ist zudem, dass danach, im Unterschied zu § 823 I BGB, auch **reine Vermögensschäden** ersetzt werden können.*

### II. Haftungsausfüllender Tatbestand (§§ 249 ff. BGB)

wie bei § 823 I, II BGB